



HANSTEDT

SPD

Kiek mal in

SPD Hanstedt
www.spd-hanstedt.de
 Ausgabe 1 - Januar 2025



Svenja Stadler - Foto: SPD/SK

Politischer Werdegang:

- Seit 2021:** Mitglied im Haushaltsausschuss und des Rechnungsausschusses
- Seit 2019:** Kuratoriumsvorsitzende des Müttergenesungswerks/Elly Heuss-Knapp-Stiftung
- 2017-2021:** stellv. Sprecherin der SPD-Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Seit 2016:** Mitglied des Kreistags und Ortsrats Fleestedt, Glüsingern.....
- Seit 2015:** Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Hannover
- 2013-2021:** Sprecherin der Fraktion für Bürgerschaftliches Engagement
- Seit. 2013:** Mitglied des Deutschen Bundestages

Was ist bei dieser Wahl noch besonders?

Bei dieser Bundestagswahl entscheidet sich, welchen Weg Deutschland geht: Werden die Rechtspopulisten Stimmen dazugewinnen und unser Land spalten? Wird eine konservative Union weiter am rechten Rand fischen? Das wird man politisch austragen.

Es gibt aber eine weitere Veränderung: Das neue Wahlrecht. Über die Jahre hat sich der Bundestag immer weiter aufgebläht, bis das Verfassungsgericht dieser Entwicklung Einhalt geboten hat. Profitiert hatte vor allem die CSU von den sogenannten „Überhangmandaten“ – und die hat sich lange gegen Veränderungen gewehrt.

Bei dieser Wahl ist besonders, dass der Gewinner oder die Gewinnerin eines Direktmandats nicht automatisch in den Bundestag einzieht. Es kommt auf die Zweitstimmen an.

Deshalb: Geben Sie Ihre Erststimme an Svenja Stadler und die Zweitstimme an die SPD, damit Svenja Stadler in den Bundestag einzieht und unseren Landkreis weiter gut vertreten kann.



Dr. Manfred Lohr
 Ortsverein Hanstedt

Svenja Stadler im Interview:

Kiek mal in: Am 23. Februar 2025 steht die Neuwahl zum Deutschen Bundestag an, damit rund sieben Monate vor dem regulären Wahltermin. Wie hast Du das Ende der Ampel-Regierung empfunden, Svenja?

Ich kann nicht verhehlen, dass ich am Tag der Entscheidung, als Olaf Scholz den Finanzminister entließ, überrascht war. Sehr schnell habe ich den Schritt unseres Bundeskanzlers aber nachvollziehen können. Auch an mir als Parlamentarierin und insbesondere in meiner Funktion als Mitglied des Haushaltsausschusses ist der Umstand nicht spurlos vorübergegangen, dass aus dem Finanzministerium wichtige Vorhaben aus parteitaktischen Gründen ausgebremst wurden. Und dennoch muss ich sagen und habe das immer wieder gesagt, zum Beispiel auf meinen

Bürgerdialogen, war die Arbeit im Haushaltsausschuss stets konstruktiv, kompromissbereit und zielführend. Es gab einen guten, von gegenseitigem Respekt geprägten Austausch mit allen Ampelkolleginnen und -kollegen. Es ging uns um die Sache, und daher war das Scheitern der Ampel bei uns Parlamentariern offenbar nicht so naheliegend. Auf der Regierungsebene sah das anders aus. Wer Olaf Scholz kennt, weiß, dass er alles versucht hat, diese bei weitem nicht ergebnislose Regierung fortzuführen, und dass eine Aufkündigung derselben für ihn das allerletzte Mittel war. Aber da hat es einer mit der Geduld des Bundeskanzlers zu weit getrieben und, wie wir inzwischen wissen, das Ganze auch noch mutwillig provoziert. Was ich verantwortungslos finde. Ich stehe voll hinter dem Schlussstrich, den **Fortsetzung Seite 2....**

Olaf Scholz gezogen hat.

Kiek mal in: Seit Oktober steht fest, dass Du ein viertes Mal um ein Bundes-tagmandat kämpfen wirst. Was ist Deine Motivation für eine erneute Kandidatur?

Es gibt viel zu tun. Es gibt immer viel zu tun. Gegenwärtig habe ich aber den Eindruck, dass es nicht der richtige Zeitpunkt wäre aufzuhören. Fast alle gesellschaftlichen Bereiche sind aufgrund der Auswirkungen der Kriege in der Ukraine und in Nahost, aufgrund von Klimawandel, Migration und Digitalisierung von einem enormen Wandel, beträchtlichen Umwälzungen und geradezu historischen Herausforderungen betroffen. Die politischen Reaktionen darauf gehen manchen zu schnell und manchen zu langsam. Das kann ich beides gut verstehen.

An ausgewogenen Maßnahmen und Entscheidungen ist der SPD sehr gelegen. Wandel darf nicht unsozial von statten gehen.

Zum Beispiel geht es im Gesundheits- und Pflegesektor sowie bei der Energie- und Mobilitätswende nicht nur darum, die Systeme neu zu denken und von Grund auf zu reformieren, es geht gleichzeitig darum, den Wandel für jeden sozialverträglich zu gestalten. Wir waren und sind hier auf einigen Wegen bereits gut unterwegs. Eine Umkehr wäre verantwortungslos und nicht nur wirtschaftlich ein herber Rückschritt.

Meine ganz persönliche Motivation, wieder zu kandidieren, gründet sich darauf, dass ich weiterhin für die Menschen im Landkreis Harburg eine vertrauensvolle Ansprechpartnerin sein will. Denn der Kern meines politischen Wirkens ist es, einander zuzuhören und miteinander zu reden. Das wird sich in einer möglichen weiteren Wahlperiode nicht ändern. Denn ich habe keinen Zweifel daran, dass dies die Bürgerinnen und Bürger, die mich kennen oder kennengelernt haben, von meiner Arbeit überzeugt.

Kiek mal in: Wie besorgt schaust Du auf den Anstieg der Zustimmung für demokratiefeindliche Politik?

Der Rechtsdrall in der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre ist zweifellos beunruhigend. Zwar ist Demokratie niemals ein gegebener und damit beständiger Zustand, vielmehr muss sie fortwährend verteidigt und stabilisiert werden. Gleichwohl sind die antidemokratischen Tendenzen lange nicht so verbreitet und ausgeprägt gewesen wie aktuell. Sie sind deshalb ein nicht ganz unerheblicher Ansporn für mich, als Politikerin weitermachen zu wollen und die Fackel der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität hochzuhalten. Wenn wir diese

Fackel erlöschen lassen, werden wir sie so schnell nicht wieder zum Leuchten bringen. Das lehrt uns nicht zuletzt unsere eigene Geschichte. Ich bin sicher, dass immer noch ein deutlich überwiegender Teil der Menschen in Deutschland freiheitlich-demokratische Verhältnisse will. Es wird Zeit, dass das sichtbarer wird.

"Ich will weiterhin für die Menschen im Landkreis Harburg eine vertrauensvolle Ansprechpartnerin sein!"

Kiek mal in: Es vergeht kein Tag, an dem die Medien uns nicht mit Umfrageergebnissen und Stimmungsbarometern versorgen. In welcher Stimmung bis Du im Hinblick auf die Wahl am 23. Februar?

Ich bin zuversichtlich, dass die SPD wieder eine tragende Rolle spielen wird.

Für das Fortkommen unsers Landes ist das jedenfalls sehr zu hoffen. Auf jeden Fall sind durch das Aus der Regierungskoalition die wahren Gesichter der Parteien zum Vorschein gekommen und damit deren Unterschiede. Vollkommen richtig hat Olaf Scholz von einer Richtungsentscheidung gesprochen. Jetzt obliegt es den Bürgerinnen und Bürgern, neu zu entscheiden, wohin die Reise gehen soll. Ich stehe dafür, den Wandel, den uns unsere nationalen wie globalen Herausforderungen auferlegen, fortzuführen. Dafür trete ich an.

"Kiek mal in": Vielen Dank, Svenja Das Interview führte Dr. Manfred Lohr



Svenja Stadler - Foto: Büro Svenja Stadler

Sichere Energieversorgung – mit Erneuerbaren!

Spätestens nach dem brutalen Überfall Russlands auf die Ukraine und dem Stopp aller Gas- und Öllieferungen wurde uns allen klar, wie wichtig eine sichere Energieversorgung für unsere deutsche Wirtschaft und auch uns persönlich ist. Es war ein Fehler, nur auf billige Energie aus Russland zu setzen. Wir alle haben in der Vergangenheit davon profitiert, und auch die Wirtschaftsunternehmen hatten kein Interesse daran, das grundlegend zu ändern. Olaf Scholz hat unverzüglich und tatkräftig nach dem Kriegsbeginn gehandelt. Es wurde so lange Gas und Öl aus Russland bezogen, wie es nötig war, um die leeren Gasspeicher zu füllen. Die Gasspeicher und Erdölraffinerien auf deutschem Boden, die in russischem Besitz waren, wurden enteignet: in einer nie dagewesenen kurzen Zeit wurden fünf neue LNG- Flüssiggasterminals im wahrsten Sinne „aus dem Boden gestampft“, um gut über den Winter 2022/23 zu kommen und darüber hinaus unsere Energieversorgung langfristig zu sichern.

Parallel wurde der Ausbau der regenerativen Energien – insbesondere Solar- und Windenergie – mit rasantem Tempo vorangetrieben. Gezielte Fördermittel wurden bereit gestellt, um Anreize zu schaffen. In den drei Jahren der Regierungszeit Olaf Scholz wurden in Deutschland Solarkraftwerke mit insgesamt 40 Gigawatt neu installiert – so viele wie nie in den zurückliegenden Jahren. Die Leistung entspricht 28 Kernkraftwerken – und das in nur drei Jahren! Die Ausbauziele von 88 Gigawatt wurden mit 100 Gigawatt Solarenergie weit übertroffen!

Auch die Windenergie, die zurzeit 61 Gigawatt Leistung auf See und an Land hat und mittlerweile 32 % unseres Strombedarfes deckt, wird ebenfalls weiter ausgebaut. Im dritten Quartal 2024 wurden 63 % des Stromes aus regenerativen Energieträgern – vor allem Wind und Sonne – erbracht.

Gemeinden entdecken zunehmend, dass sie mit eigenen Windmühlen oder Anteilen an Windenergieanlagen Einkünfte erzielen können, die sie für den Bau von Kitas und Schulen, zur Unterhaltung ihrer Schwimmbäder oder zur Senkung der Grundsteuer einsetzen können. Die Speicherung der elektrischen Energie ist noch nicht zufriedenstellend, entwickelt sich aber auch außerordentlich dynamisch, weil die Vorteile – auch finanzieller Art – immer mehr erkannt werden.

"Die Ausbauziele von 88 GW wurden mit 100 Gigawatt Solarenergie weit übertroffen!"

Wer aufmerksam durch die Straßen unserer Samtgemeinde Hanstedt geht, sieht immer neue Photovoltaikanlagen und Solarthermieranlagen auf den privaten Hausdächern. Allein in meiner kleinen Wohnstraße wurden zu den beiden bestehenden Photovoltaikanlagen der Vorjahre in nur zwei Jahren vier neue Anlagen mit Speicher angeschafft. An sonnenreichen Tagen versorgt sich die Straße mit ihren Solaranlagen rechnerisch selbst! Parallel haben drei Hausbesitzer in den beiden Jahren auch ihre über 30 Jahre alten Ölheizungen durch moderne Wärmepumpen ersetzt - Fördermittel bis zu 70 % der Regierung Olaf Scholz erleichterten diesen Schritt. Hier kann man augenscheinlich die Dynamik erkennen, dass immer mehr Hausbesitzer ihren Strom oder ihr Warmwasser selbst produzieren. Viele Anlagen sind auch mit Stromspeichern im Keller versehen, um auch in der Nacht oder an sonnen-schwachen Tagen noch begrenzt Energie zu haben. Im Winterhalbjahr gibt es natürlich Einschränkungen.



Foto: Birgit Reitz-Hofmann; Colourbox.de



Foto: Elnur Amikishiyev; Colourbox.de

Das Konzept der Regierung Olaf Scholz sieht hier vor, moderne Gaskraftwerke – zukünftig mit Wasserstoffgas – vorzuhalten, die dann in Zeiten geringerer Sonnen- und Windenergie schnell Strom ergänzend produzieren.

Friedrich Merz und die CDU wollen die drei stillgelegten Kernkraftwerke „reaktivieren“ oder sogar neue „kleine“ Kernkraftwerke bauen. Die drei stillgelegten Kernkraftwerke sind über 40 Jahre alt sind, TÜV ist längst abgelaufen, und sie lieferten mit vier Gigawatt nur 5 % des Strombedarfs in Deutschland. Fragen bleiben unbeantwortet: Ist Atomenergie beherrschbar nach den Reaktorunfällen von Tschernobyl und Fukushima? Wieder Kernbrennstäbe aus Russland kaufen? Endlagerung wann und wo? Selbst die Wirtschaft will dies nicht mehr, weil Strom aus Kernkraft mittlerweile zur teuersten Energieform geworden ist, wenn man alle Kosten – auch die der Endlagerung – mit einbezieht.

Die SPD wird mit Olaf Scholz den Ausbau der regenerativen Energieformen und der Speicherung weiter mit Nachdruck fortsetzen, damit wir auch in der Zukunft unseren Strom umweltschonend und möglichst regional produzieren und damit immer genügend elektrische Energie verlässlich vorhanden ist.

Bernd Heckmann
Ortsverein Hanstedt

Die Sache mit dem Bürgergeld

„Bürgergeld abschaffen“, „Bürgergeld kürzen oder streichen, neue Grundsicherung“ sind Parolen und populistische Formulierungen im Bundestagswahlkampf.

Was sind die Fakten ?

Grundlage für das Bürgergeld bildet das Sozialgesetzbuch SGB II. Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat in seinem Urteil aus dem Jahr 2019 festgelegt, „dass der Staat ein menschenwürdiges Existenzminimum nach Artikel 20 Abs. 1 des Grundgesetzes“ für jeden Bürger gewährleisten muss, der seinen Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen bestreiten kann – arbeitslos, Firma insolvent u.a. Die monatliche Unterstützung, die sogenannten Regelsätze, werden nicht willkürlich gebildet, sondern müssen regelmäßig an die Preisentwicklung angepasst werden. Dabei bestimmt die Preisentwicklung der Lebensmittel zu 70 % den Regelsatz, die Lohentwicklung zu 30 %.

Am 25.11. 2022 beschloss der Bundestag mit den Stimmen der SPD, FDP, der Grünen und der CDU – ja auch der CDU – die Unterstützung nach SGB II, die in der Bevölkerung „Hartz IV“ genannt wurde, in „Bürgergeld“ umzubenennen. Es war die breite Erkenntnis in den Parteien, dass der Begriff „Hartz IV“ zu Diskriminierungen geführt hat. Die genannten Parteien – hier auch wieder mit der CDU – beschlossen auch gleichzeitig, die monatlichen Regelsätze, die zwischen 318 € für Kinder bis 502 € für eine allein erziehende Mutter lagen, aufgrund der in der Coronapandemie kräftig gestiegenen Lebenshaltungskosten ab 1.1.2024 zwischen 39 € für Kinder bis zu 61€ für allein erziehende Frauen monatlich anzuheben. CDU und FDP erwecken heute in den Diskussionen ständig den Eindruck, sie hätten damals nicht zugestimmt. Das ist unehrlich!

Wie viele Bürgergeldempfänger gibt es ?
Von den ca. 5,5 Millionen Bürgergeld-

empfängern sind 1,5 Millionen Kinder, weitere ca. 1,6 Millionen pflegen Angehörige, erziehen kleine Kinder, befinden sich in Weiterbildung oder Sprachkursen. Etwa 800.000 Bürgergeldempfänger arbeiten in einem Arbeitsverhältnis, können aber vom Lohn nicht leben und benötigen daher Unterstützung. Man nennt sie „Aufstocker“. Bei ca. 1,6 Millionen Bürgergeldempfängern geht man davon aus, dass sie arbeiten könnten. Insbesondere diese Gruppe steht in letzter Zeit im Fokus heftiger politischer Diskussion. „Arbeitsfaule Personen, sie verdienen mehr als die arbeitende Bevölkerung, man geht mal eben ins Bürgergeld, man muss ihnen das ganze Bürgergeld streichen“ sind nur einige der Äußerungen. CDU und FDP gehen sogar so weit, dass sie glauben, mit Bürgergeldstreichungen könne man die Finanzsituation der Bundesrepublik wesentlich sanieren. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht 2019 klar festgelegt, dass maximal höchstens 30 % des Regelsatzes gestrichen werden kann – lediglich bei den ca. 20.000 sogenannten Totalverweigern könnte es mehr sein. Es gilt grundsätzlich die Pflicht, das Existenzminimum zu sichern.

Die SPD sieht Handlungsbedarf bei dieser Gruppe und hat bereits Maßnahmen ergriffen, die Anforderungen an die ca. 1,6 Millionen arbeitsfähigen Bürgergeldempfänger zu verschärfen. Es wird jetzt von diesem Personenkreis verlangt, einen bis zu drei Stunden langen Fahrweg zur Arbeit in Kauf zu nehmen, und die Jobcenter sind aufgefordert, konsequenter Bußgelder auszusprechen, wenn zumutbare Arbeit nicht angenommen wird.

CDU und FDP äußern, man müsse das Bürgergeld kürzen, damit der Abstand zu den Beschäftigten im Niedriglohnbereich „größer“ werde. Man spielt die Bürgergeldempfänger und die Beschäftigten im Niedriglohnbereich in übler Weise gegeneinander aus. Es ist zudem unehrlich, da mit einer – nach Urteil des BVerfG unzulässigen Kürzung – kein Beschäftigter im Niedriglohnbereich mehr Geld bekommt. Mehr Geld bekommen die in Arbeit beschäftigten Menschen nur durch einen höheren Mindestlohn.

Eine Subventionierung von Personalkosten der Unternehmen durch den Steuerzahler darf nicht stattfinden! Bereits bei der Erhöhung des Mindestlohnes auf 12 € durch die SPD im Jahr 2022 versagte die CDU ihre Zustimmung im Bundestag.

Die SPD setzt in ihrem Wahlprogramm konsequent auf die Erhöhung des Mindestlohns auf 15 € und will mehr Tarifverträge nach dem „Tariftreuegesetz“. Arbeit muss sich lohnen, damit man ohne Unterstützung des Staates seinen Lebensunterhalt bestreiten kann und zum Rentenalter genug Rente für den Lebensabend hat. Beides – Mindestlohn 15 € und Tariftreuegesetz – lehnen CDU und FDP ab. Wertschätzung der hart arbeitenden Bevölkerung sieht anders aus.

Bernd Heckmann
Ortsverein Hanstedt

Impressum „Kiek mal in“

Herausgeber: SPD-Ortsverein Hanstedt,
Hinnerkstraße 10, 21271 Asendorf;
Homepage: www.spd-hanstedt.de;
facebook: SPDHanstedt;
instagram: spd_hanstedt;
Kontakt: Dr. Manfred.Lohr@spd-hanstedt.de

Redaktion und Texte: Dr. Manfred Lohr
(verantw.), Bernd Heckmann
Layout: Lars Heuer
Fotos: Dr. Manfred Lohr
Kopfzeile: 1, 5: Hanstedt; 2, 4: Undeloh;
3: Egestorf; 6: Marxen
Fotos Svenja Stadler: SPD/SK

Auflage: 8.000 Exemplare
Druck: DieOnlineDruckerei, Druckerei Peter,
Itzenbütteler Straße 30, 21266 Jesteburg

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.
Ausgabe: Januar 2025
An alle Haushaltungen Samtgemeinde Hanstedt

Worauf es jetzt ankommt

Am 23. Februar findet die vorgezogene Bundestagswahl statt. Es geht um viel beidieser Wahl. Wir leben in schwierigen Zeiten: Es herrscht Krieg mitten in Europa, unsere Unternehmen stehen in einem verschärften internationalen Wettbewerb, der Zusammenhalt im Land steht auf der Probe.

Deutschland steht vor bedeutenden Entscheidungen:

- Investieren wir jetzt weiter kraftvoll in unser Land? Oder lassen wir unsere Bahn, unsere Straßen und Brücken verkommen?
- Sorgen wir jetzt dafür, dass alle im Alltag gut auskommen – mit anständigen Löhnen, bezahlbaren Lebensmitteln und erschwinglichen Mieten? Oder nehmen wir es hin, wenn die Kaufkraft sinkt und Wohnen immer teurer wird?
- Sorgen wir jetzt für stabile Renten, für gute Gesundheit und Pflege, für intakte Schulen und Kitas? Oder setzen wir ausgerechnet da den Rotstift an?
- Sichern wir jetzt Arbeitsplätze? Investieren wir jetzt in eine moderne Wirtschaft und sorgen für günstigen

Strom, den unsere Unternehmen dringend brauchen? Oder gucken wir tatenlos zu, wenn überall um Deutschland herum mit neuen Technologien die Zukunft entsteht?

- Setzen wir jetzt die nötige Modernisierung unseres Landes fort? Oder legen wir bei Klimaschutz und Gleichberechtigung den Rückwärtsgang ein?
 - Unterstützen wir jetzt weiter die Ukraine – standhaft und besonnen? Oder lassen wir uns in Fragen von Krieg und Frieden auf gefährliche Abenteuer ein?
- Selten in den vergangenen Jahrzehnten waren klare Haltung, Charakter und Erfahrung so entscheidend. Selten kam es so sehr darauf an, dass Respekt für alle herrscht. Respekt für jede und jeden Einzelnen – egal, wieviel sie verdienen, woran sie glauben oder woher sie kommen. Investitionen in unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze, in unseren Zusammenhalt und in unsere Sicherheit – da darf es jetzt kein Entweder-oder geben! Das alles ist dringend nötig, das alles gehört zusammen! Dafür stehen wir. Heute wollen die Konservativen erreichte Fortschritte rückgängig machen

und dort sparen, wo es viele Bürgerinnen und Bürger persönlich trifft. Andere setzen auf eine Politik, die Bürgerinnen und Bürger bevormundet. Die Populisten von rechts und links wiederum geben völlig falsche Antworten. Ihr Geschäftsmodell ist es, unsere Gesellschaft zu spalten.

Wir sagen: Das alles schadet Deutschland. Das ist nicht unser Weg. So schwierig die letzten Jahre auch gewesen sein mögen – immer, wenn es darauf ankam, war auf Bundeskanzler Olaf Scholz und die SPD Verlass. Die explodierenden Energiepreise infolge des Kriegs gegen die Ukraine haben wir unter Kontrolle gebracht – und Deutschland schnell unabhängig gemacht von russischem Gas. Die Renten sind kräftig gestiegen – und mehr als 30 Jahre nach dem Mauerfall in Ost und West endlich angeglichen. Den Mindestlohn haben wir auf zunächst 12 Euro erhöht – das bedeutet mehr Einkommen und mehr Sicherheit für Millionen von Menschen! Familien profitieren von mehr Kindergeld und unseren Investitionen in bessere Bildung und Betreuung. Wir haben die irreguläre Migration begrenzt – und heißen zugleich die

Fortsetzung Seite 6....

Berlin fördert Projekte im Landkreis – dank des Einsatzes von Svenja Stadler

Der Bund hat verschiedene Förderprogramme aufgelegt, über die er Gelder an Kommunen oder Vereine für einzelne Projektegibt. Beispiele dafür sind die Programme „Sanierung kommunaler Einrichtungen“, Denkmalschutz-Sonderprogramme oder das Programm „National wertvolle Kulturgüter“.

Bei diesen Förderprogrammen kann man Anträge stellen und dann hoffen, in die engere Wahl zu gelangen, um letztendlich auch in die Zuteilung zu kommen. Zwar gibt der Bund keine hundertprozentige finanzielle Förderung, aber vielfach wären die Projekte ohne die Gelder aus Berlin sonst gar nicht machbar gewesen. Der Antragsweg ist manchmal mühselig, und es bedarf eines langen Atems – aber ohne eine

Fürsprache in Berlin, die die Projekte begleitet, ist es schwierig. Auch im Landkreis Harburg kamen in den letzten Jahre einige Projekte in den Genuss der Bundesförderung. Und hierbei hat sich unsere Bundestagsabgeordnete Svenja Stadler immer wieder mit Erfolg eingesetzt. Ein Blick in die Liste zeigt die Vielfalt der Projekte und der Einsatzorte. Aber noch viel zahlreicher sind die nichtmonetären Hilfestellungen für Vereine jeglicher Art, bei denen Svenja Stadler sich direkt in Berlin oder Hannover einsetzen konnte.

Datum	Begünstiger	Summe in €
18.06.2015	Wassermühle Karoxbostel	48.000,00 €
26.02.2016	Waldbad Hanstedt	1.200.000,00 €
10.04.2019	Multifunktionsgebäude Neu Wulmstorf	4.000.000,00 €
10.04.2019	Integrative Sport- und Begegnungszentrum Winse	1.500.000,00 €
11.03.2020	Hallenbad Neu Wulmstorf	1.000.000,00 €
18.11.2020	Naturbad im Eckermannpark	3.000.000,00 €
01.03.2023	Renaturierung des Göhlenbachs, Hittfeld	2.200.000,00 €
08.06.2023	Kunststätte Bossard	200.000,00 €
13.03.2024	Dorfgemeinschaftshaus Asendorf	666.000,00 €
03.07.2024	Kunststätte Bossard	460.000,00 €



Dorfgemeinschaftshaus Asendorf
Foto: Dr. Manfred Lohr



ViSdP: SPD OV Hanstedt

Fortsetzung Seite 5: Worauf es jetzt ankommt....

jenigen bei uns willkommen, die hier in Deutschland arbeiten wollen.

Mit unserem neuen Staatsangehörigkeitsrecht ermöglichen wir es, dass aus Mitmenschen auch Mitbürgerinnen und Mitbürger mit allen Rechten werden.

Unsere Bundeswehr haben wir mit einem Sondervermögen ausgestattet, damit wir unser Land gegen alle Bedrohungen von außen verteidigen können.

Deutschland steht fest an der Seite der überfallenen Ukraine – und zugleich achtet Bundeskanzler Olaf Scholz darauf, dass der Krieg nicht zur direkten Konfrontation zwischen NATO und Russland eskaliert.

Mit klarer Haltung, mit klaren Werten, vernünftig und besonnen – nur so werden wir auch künftige Herausforderungen bewältigen.

Genau deshalb braucht Deutschland in dieser schwierigen Zeit eine starke SPD:

- Wir sorgen dafür, dass das Leben bezahlbar bleibt – mit einem höheren

Mindestlohn, Entlastungen für Gering- und Normalverdiener bei der Einkommenssteuer, weniger Mehrwertsteuer auf Lebensmittel sowie wirksamen Regeln für bezahlbares Wohnen.

- Wir investieren weiter in Schienen, Brücken und digitale Netze.

• Wir unterstützen unsere Unternehmen und ihre Beschäftigten im weltweiten Wettbewerb – mit günstigen Energiepreisen und einem „Made-in-Germany“-Investitionsbonus für Zukunftsinvestitionen und sichere Arbeitsplätze.

• Wir kämpfen für gute Löhne überall in Deutschland – in der Industrie, im Handel, im Handwerk und in allen anderen Bereichen der Wirtschaft.

• Wir stabilisieren die Renten und sichern gute Gesundheitsversorgung und Pflege, die alle erreicht und für alle bezahlbar bleibt.

• Wir kämpfen für innere und äußere Sicherheit und stellen uns den Feinden der offenen Gesellschaft konsequent entgegen.

• Wir sorgen dafür, dass Kitas und Schulen zuverlässig an der Seite der Familien stehen.

• Wir setzen uns ein für gesellschaftlichen Fortschritt, für gleiche Rechte und Chancen von Frauen und Männern. Für Vielfalt und Toleranz.

• Wir kappen unnötige Bürokratie, beschleunigen und digitalisieren die Verwaltung – und auch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien halten wir das Tempo hoch.

Zupackende Politik für die breite Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, die unser Land am Laufen halten und für diejenigen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Politik mit Maß und Mitte, die verbindet und nicht spaltet.

Darauf kommt es jetzt an.

Darüber entscheiden die Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025.

Quelle: „Mehr für dich. Besser für Deutschland.“ – Entwurf des SPD-Regierungsprogramms.

Svenja Stadler

Sozial. Engagiert. Bürgernah.



Svenja Stadler - Foto: Katharina Moll

Sie haben 2 Stimmen

hier eine Stimme für die Wahl eines/einer Wahlkreisabgeordneten

hier eine Stimme für die Wahl einer Landesliste (Partei)

Erststimme

Zweitstimme

1	Stadler, Svenja	
	MdB, Senior PR-Beraterin Seevetal	SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands

	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands König, Lars Möller, Sören Petersen, Boris Trost, Schaffert, Anja Heil, Hubertus Stadler, Svenja	1
--	------------	---	---

Am 23.02. Svenja Stadler und SPD wählen!